

Die OECD rät Staaten zu neuen Geldquellen

Bei den Infrastrukturen droht Finanzloch

mra. Für die längerfristige Finanzierung der Infrastrukturen von OECD-Staaten braucht es neue Geldquellen. Die durch demografische Veränderungen und steigende Sozialausgaben stark belasteten Länder werden zunehmend Mühe haben, ihre wachsenden und immer komplexeren Infrastrukturbedürfnisse aus den herkömmlichen Quellen zu finanzieren. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Um die drohende Finanzierungslücke zu schliessen, empfiehlt die Studie den Staaten, vermehrt Benutzergebühren zu erheben, also beispielsweise Road-Pricing einzuführen. Daneben sollen Finanzmittel aus dem Privatsektor bezogen werden. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation begrüsst die Stossrichtung der Studie.

Drohendes Finanzloch bei den Infrastrukturen

OECD rät zu Benutzergebühren und Zusammenarbeit mit Privaten

Laut einer OECD-Studie braucht es für die längerfristige Finanzierung der Infrastrukturen neue Geldquellen. Zu diesem Zweck soll der Staat vermehrt Benutzergebühren erheben und mit Privaten zusammenarbeiten. In Bern begrüsst man diese Stossrichtung.

fon. Bern, 21. Mai

Eine sichere Versorgung mit Strom und sauberem Wasser, ein ausgebautes Eisenbahn- und Strassennetz sowie eine reibungslos funktionierende Telekommunikation tragen nicht nur wesentlich zur Lebensqualität bei, sie sind auch ganz entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Nach Auffassung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird der Infrastrukturbereich die OECD-Staaten in den nächsten zwanzig Jahren aber vor grosse Herausforderungen stellen. Gemäss einer Studie, an der auch die Schweiz teilgenommen hat und die am Montag in Bern vorgestellt worden ist, werden die durch demografische Veränderungen und steigende Sozialausgaben stark belasteten Länder nämlich zunehmend Mühe haben, ihre wachsenden und immer komplexeren Infrastrukturbedürfnisse aus den herkömmlichen Quellen zu finanzieren.

Pensionskassen und Versicherungen

Die Studie formuliert verschiedene Empfehlungen, wie die Länder auf dieses Szenario reagieren, die drohende Finanzierungslücke schliessen und damit volkswirtschaftlichem Schaden vorbeugen können. Sie geht davon aus, dass hauptsächlich die Infrastrukturen, die sich in der öffentlichen Hand befinden, in eine schwierige Situation geraten werden; in privat finanzierte Werke dürfte demgegenüber genügend investiert werden. Die OECD-Experten raten den Staaten dazu, vermehrt Finanzmittel aus dem Privatsektor beizuziehen. Mit neuen Geschäftsmodellen (Public-Private Partnership) könnten private Geldgeber eingebunden werden, so etwa Pensionskassen und Versicherungen, die viel Kapital verwalteten und an einer Investition in Infrastrukturen inter-

essiert seien, sagte der OECD-Projektleiter Pierre-Alain Schieb vor den Medien.

Daneben sollten die Staaten vermehrt Gebühren von den Benutzern erheben, also beispielsweise Road-Pricing einführen. Für die längerfristige Planungssicherheit rät die OECD zur Schaffung von Infrastrukturfonds – der schweizerische Fonds für den Agglomerationsverkehr und die Nationalstrassen könne als Vorbild angesehen werden, so Schieb. Neben der Suche nach neuen Geldquellen müssten die Länder zudem auf eine effizientere Nutzung ihrer Infrastrukturen hinarbeiten. Dazu brauche es neue Technologien, Nachfragesteuerung und bessere Planung.

Ideen für neue Benutzergebühren

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) begrüsst die Stossrichtung der OECD-Studie. Sie richte den Fokus auf ein Problem, das generell unterschätzt werde, sagte UVEK-Generalsekretär Hans Werder. Was die Finanzierung angehe, stehe die Schweiz vor einer doppelten Herausforderung. Bei privat finanzierten Infrastrukturen wie Telekommunikation, Energie und Luftverkehr müsse der Staat die Rahmenbedingungen derart ausgestalten, dass die privaten Investoren die nötigen Mittel für den Unterhalt und die Modernisierung einsetzten. Bei den öffentlich finanzierten Werken wie dem Strassen- und dem Schienennetz seien langfristig verlässliche Finanzierungsinstrumente nötig, wie sie die Schweiz – mit zweckgebundenen Mineralölsteuern, Finöv-Fonds und Infrastrukturfonds – zum Teil schon kenne.

Daneben will das UVEK aber auch die im Bericht unterstützte Idee von Benutzergebühren prüfen. Neben dem Road-Pricing stelle etwa eine Abgabe auf den Wasserkonsum ein Thema dar. Auch sei denkbar, dass die Benutzer des öffentlichen Verkehrs zugunsten der Steuerzahler künftig etwas tiefer in die Tasche greifen müssten, so Werder. Eher skeptisch zeigte sich der Generalsekretär indes gegenüber dem Ratschlag der OECD, verstärkt mit privaten Investoren zusammenzuarbeiten. Dass man die drohende Finanzierungslücke im Infrastrukturbereich auf diese Weise schliessen könne, sei nicht anzunehmen.